

Hannes Androsch
Europas Gegenwart und Zukunft

Vortrag

Ökonomischen Forums Bratislava – Wirtschaftsclub

(www.hospordarskyklub.sk)

Palais Palfy, Bratislava, Slowakei

(Es gilt das gesprochene Wort)

(Anreden)

Der Europäischen Union wurde dieser Tage in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen, dies ist berechtigte Anerkennung wie ermahnender Kredit.

Damit wurde die friedensstiftende Funktion der europäischen Integration gewürdigt, sie hat es möglich gemacht, dass Europa, über Jahrhunderte ein dunkler Kontinent der Gewalt, zu einer Weltregion des Friedens wurde. Damit hat sich auch ein Herzenswunsch von Alfred Nobel erfüllt. Nobel hat in einer frühen Fassung seines Testaments die „Befriedung Europas“ als wichtige Voraussetzung für den Weltfrieden erachtet.

Die Verleihung des Nobelpreises für Frieden an die EU ist aber auch ein unüberhörbares Signal der Ermutigung zur Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses und der Lösung der gegenwärtigen Probleme.

Wir haben, wie ich noch eingehend ausführen werde, keine Euro-Krise, sondern das Problem, dass unsere Währung, übrigens eine der stabilsten der Welt, die seit ihrer Einführung gegenüber dem US-Dollar um zehn Prozent bei gleichzeitig niedriger Inflationsrate gewonnen hat, über kein entsprechendes institutionelles Gerüst verfügt. Der Euro ist eine Währung ohne Staat. Dies ist ein Konstruktionsfehler, weil zwar ein gemeinsamer Binnenmarkt eine gemeinsame Währung erfordert. Diese benötigt aber dann auch ein Mindestmaß an koordinierter Finanz- und Wirtschaftspolitik, an Finanzdisziplin sowie gemeinsamer Bankenarchitektur und Aufsicht. Darin und verbunden mit zahlreichen

Bedienungsfehlern liegt des monetären europäischen Pudels Kernproblem. Die Maastricht-Kriterien waren eine unzulängliche Krücke.

Der legendäre Satz von Jean Monnet: „Wer nicht mehr frei über Energie und Stahl verfügt, kann keinen Krieg mehr erklären“, war die Triebfeder für die vor mehr als 60 Jahren, am 18. April 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Daraus entstand der gemeinsame Markt, dann der EU-Binnenmarkt, das europäische Währungssystem und schließlich die europäische Währungsunion, insgesamt eine Gemeinschaft von demnächst 28 Staaten.

Der erfolgreiche wirtschaftliche Aufstieg ist Ergebnis einer einzigartigen Friedenspolitik nach dem Ende des zweiten Dreißigjährigen Kriegs, der unseren Kontinent heimsuchte und der mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der Urkatastrophe des letzten Jahrhunderts seinen Ausgang nahm. Seither herrscht seit nunmehr bald 70 Jahren Friede auf unserem bis dahin so blutigen Kontinent. „Europa ist dort, wo immer Gewalt war, nun aber keine mehr herrscht“, hat es Dirk Schümer, von der FAZ, treffend auf den Punkt gebracht.

Europa präsentiert sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Ergebnis eines höchst erfolgreichen Friedensprojekts. Dank des Sicherheitsschirmes der USA, der Ostpolitik von Willy Brandt, des von Helmut Schmidt betriebenen Nato-Doppelbeschlusses konnten der Kalte Krieg, die Teilung des Kontinents, das nukleare Gleichgewicht des Schreckens und schließlich auch die Implosion der Sowjetunion als Folge ihrer zunehmenden ökonomischen Schwäche mit einer Ausnahme, nämlich den kriegerischen Wirren im ehemaligen Jugoslawien, friedlich überstanden werden. Helmut Kohl und Francois Mitterand bewirkten, dass Europa weiter zusammen wachsen konnte, ein Prozess, der längst nicht abgeschlossen ist.

Zu Symbolen dafür stehen die Zerschneidung des Eisernen Vorhangs, der Fall der Berliner Mauer und die deutsche Wiedervereinigung – übrigens ökonomisch eine gewaltige Transferunion, deren Kosten alle Europäer mittrugen – , aber auch die auf friedlichem Weg erfolgte staatliche Trennung von Tschechien und der Slowakei, die größten Respekt verdient.

Auf die Tatsache, dass bei uns seit 1945 bei uns keine neuen Soldatenfriedhöfe und Kriegsdenkmäler errichtet werden mussten, hat

Helmut Kohl immer wieder hingewiesen. Er hat, wie schon zuvor Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Paul Henri Spaak, wie auch viele andere mehr, maßgeblich dazu beigetragen, dass diese Errungenschaft Grundlage eines gemeinsamen europäischen Geschichtsbilds wurde, allerdings getrübt durch die kriegerischen Wirren auf dem Westbalkan nach dem Zerfall Jugoslawiens.

Dort, wo Europa friedlich zusammengewachsen ist, entstand in der menschlichen Geschichte noch nie da gewesener breiter Wohlstand, soziale Sicherheit und politische Stabilität. Hugo Portisch hat dies in seinem jüngst erschienen Essay „Was jetzt?“, von dem ich mir auch eine Ausgabe in slowakischer Sprache anregen möchte, meisterlich dargelegt.

Durch die Überwindung des Kalten Kriegs, mit dem in gewisser Weise der Erste Weltkrieg erst endgültig zu Ende gegangen ist, kam in Europa auch wieder die Logik der Geografie zu ihrem Recht. Bei Bratislava und Wien, die unter den 204 Hauptstädten der Welt nächstgelegenen sind, ist das besonders augenscheinlich.

Von der Beseitigung der künstlichen Teilung Europas haben unsere beiden Länder besonders profitiert. Die Slowakei hat zudem den Prozess der Transformationsprozess in kurzer Zeit erfolgreich bewältigt und eine außerordentliche wirtschaftliche Entwicklung genommen. Dazu kann man nur anerkennend gratulieren!

Die mit der europäischen Integration verbundenen wirtschaftliche Entwicklung hat gezeigt, dass gerade kleine technologisch hochentwickelte Volkswirtschaften mit weltweit nachgefragten Nischenprodukten aus dem unbehinderten Zugang zu größeren Märkten überdurchschnittlichen Nutzen ziehen können. Man kann dies zutreffend Europäisierungs- oder Erweiterungsdividende nennen.

Nicht zu dieser Dividende möchte ich als kleinen Einschub eine gewissen Regulierungswahn mit entsprechenden Vorschriftenkosten zählen: Dazu ein kleine Verdeutlichung : Die zehn Gebote kommen mit 70 Worten aus, die Unabhängigkeitserklärung der USA mit 355 Worten, die EU-Vorschrift für den Import von Enteneiern zählen angeblich 15.000 Wörter.

Was aber letztlich wirklich zählt: Sowohl die Slowakei als auch Österreich haben als kleine offene Volkswirtschaften vom Wegfall des Eisernen Vorhangs und der EU-Erweiterung in besonderer Weise profitiert. Diese erfreuliche Entwicklung erfordert aber auch die Einsicht, dass damit keine Automatik und in kurzsichtiger Gier auch keine merkantilistische Einbahnstraße verbunden sein darf. Langfristig erfolgreiches Wirtschaften erfordert immer wechselseitig prosperierende Partnerschaft und Solidarität.

Europa hat als Einheit in der Vielfalt schon immer seine Kraft aus seinen Regionen bezogen. Daher brauchen wir als wichtige Voraussetzung für mehr Europa vor allem eine noch engere lokale und regionale Zusammenarbeit und Verbundenheit, also Vielfalt in der Einheit oder anders formuliert Regionalstolz verbunden mit Kontinentalstolz anstatt Nationalstolz. Ein gemeinsamer europäischer Pass wäre hierfür ein Symbol.

Eine enge Nachbarschaft bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, wie etwa, um nur einige Beispiele zu nennen, im Sektor Energie, im Sektor Umwelt, im Sektor des Verkehrswesens oder den Arbeitsmärkten.

Der Ausbau der Donauschifffahrt etwa als kostengünstiges und umweltfreundliches Transportmittel muss ebenso verstärkt im Fokus der Interessen unserer beiden Länder stehen wie auch der Ausbau der inner- und transkontinentalen Schienenwege, die auch die Integration der russischen Spurweite einschließt.

Ein durchgängiges Eisenbahnnetz von Xian, dem ehemaligen Ausgangspunkt der Seidenstraße in China, bis nach Rotterdam und Hamburg könnte die Dauer der bestehenden Transportwege auf dem Land von 23 auf neun Tage verkürzen, was mit enormen Einsparungen verbunden wäre. Alleine das working capital würde sich mehr als halbieren, ganz zu schweigen von den positiven Effekten durch Reduktion der Belastungen für die Umwelt.

Unter den gegebenen globalen Umständen muss Europa mit seinen außerordentlichen Wohlstands- und Wohlfahrtsniveau ungeachtet aller Unterschiede im Einzelnen und unter Beachtung der demografischen Entwicklungen danach trachten, seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dabei spielen auch die technologischen Entwicklungen als

Herausforderung und damit auch als Zukunftschance zunehmend eine große Rolle. Dies äußert sich insbesondere als Folge des Fortschritts, aber auch der Konsequenzen der digitalen technologischen Zeit: Die damit verbundene Entkoppelung der Produktivitätsentwicklung einerseits und des Wirtschaftswachstums und damit der Beschäftigungssicherheit andererseits schafft große Probleme: sie teilt in einer technologiegetriebenen Ökonomie den Arbeitsmarkt zunehmend in lucky und lousy jobs. Nur bessere Bildung und höhere Qualifikation kann diese Teilung verhindern.

Die sich auftuende Lücke einer Wissensökonomie kann man nur durch mehr Innovation verhindern bzw. schließen. Dafür sind eine umfangreiche und besserer Bildung und mehr Forschung erforderlich, wie dies die OECD auch uns ins Stammbuch schreibt. Ob man diese Entwicklung als 5. industrielle Revolution oder als 6. Kondratjef-Zyklus beschreiben möchte, ist Geschmackssache. Die zukunftsgerichtete Reaktion auf die neuen Herausforderungen ist entscheidend. Dies gilt für jedes Land, damit auch für unsere beiden Nachbarstaaten und die EU mit all ihren Unterschieden insgesamt.

Bildung ist der wichtigste Rohstoff der Zukunft. Wissenschaft und Forschung sind die Träger der innovationsgetriebenen Schlüsselindustrien von morgen. Daher muss jedes Land hier seine Stärken sammeln. Ebenso wichtig ist eine entsprechende Schwerpunktsetzung in den künftigen EU-Budgets, wie dem 8. Rahmenprogramm für Forschung. Dies ist für die Zukunft Europas und seiner Menschen wichtiger als die überdimensionierte Förderung der Agrarindustrien, in die derzeit mehr als 40 Prozent (!) des EU-Haushalts fließen.

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich Europa, auf das heute fast ein Viertel des Weltsozialprodukts entfällt, zu einem wirtschaftlichen Riesen entwickelt. Politisch ist es aber ein Zwerg und militärisch ein Wurm geblieben (Egon Bahr).

In Abwandlung der Xenien von Goethe und Schiller lässt sich heute mit Prof. Werner Weidenfeld aus München fragen: „Europa? Aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden.“

Der US-Außenminister Henry Kissinger meinte 1973 - dem Jahr, das von ihm zum „Jahr Europas“ erklärt wurde - Europa hätte keine

Telefonnummer und damit kein ansprechbares Vis- á-Vis. Inzwischen räumt Kissinger wohl ein, dass es diese, ja vielmehr eine ganze Reihe davon gäbe, es aber an angemessener Kompetenz der Gesprächspartner mangle. Alleine diese Metapher macht deutlich, wie unvollständig die Architektur der europäischen Integration noch immer ist und wie sehr „Europa in Zellen des nationalen Egoismus“ verhaftet geblieben ist.

Die Art und Weise, mit der in Europa mit der derzeitigen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise umgegangen wird, führt uns dies in erschreckender Weise vor Augen.

Diese Probleme werden uns noch geraume Zeit in Atem halten, wird sich doch deren Abwärtsspirale solange immer weiter fortsetzen, solange der unheiligen Allianz unzulänglicher Handlungsfähigkeit und mangelnder Entschlossenheit kein Ende gesetzt wird. In kurzsichtiger Weise reagiert Europa hier in zersplitterter Vielfalt statt Geschlossenheit zu zeigen und dem immer wichtiger werdenden Prinzip der Einheit Rechnung zu tragen. So erfreulich die Einigung über die Bankenaufsicht oder andere Lösungen für Griechenland sind, ist es immer noch too little too late. Dieser Zustand muss überwunden werden.

Nur dann, wenn Europa mit einer Stimme spricht, wird es auf der globalen Bühne der Welt als ernst zu nehmender Partner agieren können und nicht jeder Teil für sich zum Spielball der sich neu formierenden Kraftblöcke werden, die mit dem Aufstieg von Asien, von Brasilien und dem wiedererstarkenden Russlands entstehen.

Ein gemeinsamer Markt erfordert zur bestmöglichen Nutzung auch eine gemeinsame Währung. Der Binnenmarkt der EU ist der größte der Welt. Daher wurde der EURO, die gemeinsame Währung von inzwischen 17 Mitgliedsstaaten der EU, geschaffen.

Mit Rückbezug auf die EU als wirtschaftspolitisches Friedensprojekt möchte ich den Hinweis nicht versäumen, dass es, sieht man vom amerikanischen Sezessionskrieg im 18. Jahrhundert ab, innerhalb einer Währungsunion noch nie Krieg gegeben hat.

Es ist eine Mär, dass eine gemeinsame Währung auch durchgängige wirtschaftliche Homogenität bedingt. Die einzelnen Bundesstaaten der

USA bzw. die diese übergreifenden Regionen zeigen ein ebenso uneinheitliches wirtschaftliches Standort-Spektrum wie die Eurozone.

Der Konstruktionsfehler bei der Errichtung der Euro-Zone ist ein anderer: Eine gemeinsame Währung erfordert entweder auch einen gemeinsamen Staat, so wie in den USA, oder aber zumindest währungs- und fiskalpolitisch handlungsfähige gemeinsame Institutionen nach innen und außen. Diese fehlen in der EU. Dieser Konstruktionsfehler wurde durch die Kriterien von Maastricht nur ungenügend kompensiert. Dazu kommt, dass diese Kriterien nicht einmal diese eingehalten wurden, sondern, allen voran von Deutschland und Frankreich, einfach ignoriert und beiseite geschoben worden sind.

Zu den einzelnen Konstruktionsfehlern, also

- keine europäische Architektur und Aufsicht für das Finanz- und Bankenwesen;
- keine bindenden Regelungen für hinreichende Disziplin bei den Staatsfinanzen;
- kein alle Mitgliedsländer bindendes Mindestmaß an koordinierter Finanz- und Wirtschaftspolitik–

kamen zahlreiche Bedienungsfehler.

Und schließlich war das zur Solidarität erforderliche konditionierte Ausmaß an Transferregelungen nicht gegeben.

Die Krise hat alle diese Versäumnisse mit großer Schärfe deutlich werden lassen.

Erschwerend kommt hinzu, dass Europa noch weniger als politische Union verfestigt ist, was aus Gründen der demokratischen Legitimation mit einer Stärkung des europäischen Parlaments einhergehen muss.

Äußere Bedrohungen und Gefahrenherde von kriegerischen Eskalationen bis hin zur Wirtschafts- und Cyber-Kriminalität erfordern auch immer dringlicher ein Mindestmaß an gemeinsamer europäischer Außen- wie Sicherheitspolitik. Europa wird auf diese Gefahren adäquat reagieren müssen.

Als Trittbrettfahrer wird sich Europa weder nach innen noch nach außen durch krisenhafte Entwicklungen lavieren und die Bürden Dritten

aufladen können. Europa benötigt zur Wahrung und angemessenen Verteidigung der eigenen Interessen und Errungenschaften daher dringend eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Da sich die USA zunehmend zurückziehen, muss sich Europa engagieren und jeder Teil dazu seinen Beitrag leisten.

Es mag als europäisches Paradoxon der Jahrhundertwende gelten, dass all diesen Versäumnissen, deren gravierend negativen Folge im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in immer schmerzhafterer Form spürbar werden, nicht durch politisch akkordierten Kraftanstrengungen begegnet wurde.

Stattdessen wird in historisch überkommener Weise oftmals nationalstaatlichen Souveränitätsillusionen gehuldigt und mit wahltaktisch billigen, aber letztlich teuer zu stehen kommenden populistisch- demagogischen Tiraden anti-europäische Ressentiments geschürt. Es wäre mehr als wünschenswert, wenn diese parteitaktische EU-Kakaphonie klar vernehmbare politische Absage erteilt werden würde. Ebenso wünschenswert wäre, wenn auch ein Reformprogramm zur Beseitigung der Verwerfungen im eigenen Land und in Europa als gemeinsame politische Aufgabe nach außen vermittelt werden würde, damit wieder Chancen zur Gestaltung der Zukunft wahrgenommen werden.

Die Konsolidierung der seit längerem und nicht erst durch die Finanzkrise in Schieflage geratenen Staatsfinanzen ist unumgänglich.

Diese Herkulesaufgabe wird Zeit benötigen. Keinesfalls wird dieses Ziel mit einer Austeritätskeule zu erreichen sein. Wer diese schwingen möchte, muss auch für den damit unweigerlich verbundenen Kahlschlag, sprich eine Verschärfung der Krise, die Verantwortung übernehmen. Wie durch überzogenes und sozial unausgewogenes Sparen Wachstum geschaffen werden kann, hat noch niemand vorexerziert! Schulden muss man sich ökonomisch leisten können, sprich über die wirtschaftliche Leistungskraft verfügen, um diese bedienen zu können. Bei überhöhten Zinsen ist dies kaum möglich.

Wie man in Griechenland sieht, können deren Kosten rasch die Einsparungen übertreffen. Daher bedarf es einer Doppelstrategie: Neben sinnvollen Einsparungen gleichzeitig auch die Setzung von Maßnahmen zur Förderung von Wachstum. Nur auf diesem Weg wird

man eine Rezession verhindern können, bedarf es Strukturreformen zur Sicherung oder Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit und damit auch eine das soziale Netz sprengende Arbeitslosigkeit sowie Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit der Jugend.

Eine solche Strategie erfordert Modernisierungen und wachstumsfördernde Strukturreformen. Dazu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgung und der Infrastruktur, vor allem aber auch die Forcierung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation. Das 8. Rahmenprogramm für Forschung mit rund acht Prozent des EU-Budgets hat, wie schon erwähnt, diesbezüglich mehr als nur Symbolcharakter.

Eine rückwärtsgewandte, über den eigenen Tellerrand nicht hinausgehende Sicht der Lage in Form einer Vogel-Strauß-Politik als Bewältigungsstrategie für die anstehenden Probleme entpuppt sich als zunehmend gefährlich. Jedem europäischen Land muss klar sein, dass es allen zu klein ist, um auf der politischen Weltbühne eine Rolle spielen zu können. Europa, dessen Rohstoff- und Energiebasis schmal ist und dessen Anteil an der Weltbevölkerung von noch 19 Prozent um 1900 auf inzwischen sieben Prozent gesunken ist und 2050 nur mehr fünf Prozent betragen wird, wird sich im globalen Geschehen nur auf gemeinsamer Basis Einfluss sichern und bewahren können.

Sonst droht Europa massiver Bedeutungsverlust und der Abstieg in die Irrelevanz. Die europäische Staatenwelt muss sich entscheiden, ob man gemeinsam zum Mitspieler im globalen Geschehen wird oder jeder Staat für sich zum Spielball wird. Im letzteren Fall würde der fatale Spruch von Mark Twain gelten: „Either we hang together or we will hang separately.“

Mit diesem Verständnis wird auch die Finalität der europäischen Integration zu beurteilen sein. Diese ist weder geografisch noch kulturell noch religiös vorgegeben, sondern einzig und allein eine politische Frage.

Ihre Beantwortung ist letztlich eine pragmatische Herausforderung, die sich nach Interesse, Zweckmäßigkeit und Machbarkeit richten muss. In einem gemeinsamen Europa wird niemand seine regionale Identität aufgeben müssen, aber eine europäische hinzu gewinnen.

Europa darf sich, um ein bildhaftes Gleichnis zu schaffen, nicht auf einen Einheitskäse, einen Einheitswein oder ein Einheitsbier reduzieren lassen, sondern muss sich durch eine Vielzahl von jeweils köstlichen Sorten von Käse, Bier und Wein auszeichnen.

Das europäische Credo muss daher lauten: Einheit in der Vielfalt und Vielfalt in der Einheit in Frieden und Freiheit. Hier liegen die Kraft und die Optionen für Europa begründet, die gleichzeitig unser aller Auftrag und Aufgabe im Interesse der nächsten Generationen sind. Ohne gemeinsames Europa hat keiner allein keine Zukunft, wir alle stürzen in die Irrelevanz.